

---

## FORUM: Vergangenheitsbewältigung

---

### Vergessen hilft nicht Gespräch mit Wolfgang Thierse über die Stasi-Vergangenheit und deren Bewältigung\*

---

Wolfgang Thierse, geb. 1943 in Breslau, studierte Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin. Im Zusammenhang mit der „Biermann-Affäre“ wurde er aus dem Ministerium für Kunst der DDR entlassen und arbeitete seit Januar 1977 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Im Oktober 1989 trat er dem „Neuen Forum“ bei, bevor er im Januar 1990 zur SPD wechselte. Im Juni 1990 wurde er zum Vorsitzenden der SPD der DDR gewählt, im August auch zum Vorsitzenden der SPD-Volkskammerfraktion. Seit September 1990 ist er stellvertretender Vorsitzender der gesamtdeutschen SPD und seit Oktober 1990 deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag.

Frage: Läuft eigentlich die Auseinandersetzung um die Stasi-Vergangenheit, um die DDR-Vergangenheit insgesamt richtig, so wie sie jetzt läuft?

Thierse: Das glaube ich nicht. Aber ich möchte zunächst sagen, daß ich die Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes für eine große Leistung halte. Ich werde dieses Gesetz und die Einrichtung der sogenannten Gauck-Behörde gegen alle Versuche verteidigen, die Akten zu schließen und Beton auf die Archive zu gießen. Die Stimmen, die so etwas fordern, nehmen ja zu. Ich bin ein entschiedener Anhänger des Versuchs einer wirklich selbstkritischen Begegnung mit der eigenen Geschichte. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz hat zum ersten Mal in der deutschen Geschichte das Archiv eines Geheimdienstes den Opfern geöffnet. So etwas hat es noch nie gegeben. Das muß verteidigt werden, weil es Opfern die Chance eröffnet, eine Art von Gerechtigkeit zu erfahren, die ihnen die Justiz niemals vermitteln kann - die Chance nämlich zur Wiederaneignung ihrer eigenen Biographie. Vielleicht können sie dann die Fragen besser beantworten, warum ihr eigenes Leben so abgelaufen ist, wer oder was schuld war an diesem Bruch, an jenem Verbot, an dieser oder jener unmöglichen Aufstiegs- oder Bildungschance. Das ist eine Art Gerechtigkeit für die Opfer, die anders nicht zu erreichen ist.

Zugleich weiß ich, daß der Vorgang schmerzlich ist, weil man ja in den Akten nicht nur Erfreuliches entdeckt. Man entdeckt Zeugnisse von Feigheit und Spitzeltum, von Denunziantentum und Verrat. Das tut weh. Aber ich weise ausdrücklich darauf hin, daß man auch Zeugnisse der Treue und der Zivilcourage, der wirklichen, der durchgehaltenen Freundschaft entdeckt. Ich betone

---

\* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 20. Februar 1992 in Bonn.

das deshalb, weil darüber in der Öffentlichkeit viel weniger die Rede ist: Es läßt sich eben schlechter vermarkten. Umso wichtiger ist es mir, daran zu erinnern, weil sonst der Eindruck entsteht, daß die DDR-Bevölkerung insgesamt ein Spitzelvolk gewesen sei.

Damit bin ich bei den Punkten, die mich beunruhigen. Erstens: Ich bleibe dabei, daß die Begegnung mit der eigenen Geschichte, die keine idyllische war, notwendig ist. Dieser Aufarbeitungsprozeß ist letztlich nicht steuerbar. Dennoch muß man versuchen, ihn kritisch zu reflektieren und zu beeinflussen. Die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit gegenwärtig mit diesem Erbe umgeht, ist hoch problematisch: Wir erleben die Vermarktung der DDR-Geschichte zu Skandal-Geschichten. Eine Geschichte, die sehr differenzierter Bewertung bedarf, wird von den Medienmechanismen den Tendenzen der Vergrößerung, der Schwarz-Weiß-Malerei, der Pauschalurteile unterworfen.

Zweitens: Wir erleben, daß Vergangenheiten politisch instrumentiert werden, um Personen des Übergangs oder des Neuanfangs zu beschädigen, moralisch zu diskreditieren. Manfred Stolpe ist ein Paradebeispiel. Ich will ein anderes nennen, das viel harmloser ist, aber an einer bestimmten Stelle noch deutlicher: Der thüringische CDU-Ministerpräsident Josef Duchac wurde gestürzt. Eines der öffentlich vorgetragenen Argumente dafür war seine Vergangenheit. Diese Vergangenheit war aber nicht kriminell oder verbrecherisch, sondern nur lächerlich-peinlich: Er hat den Clown gespielt, Kabarett-Auftritte in Stasi-Heimen gegeben. Aber diese Vergangenheit des Manns, der ein durchschnittliches Mitglied der Blockpartei CDU war, vielleicht angepaßter als andere, wurde instrumentiert, um den eigentlichen Grund seines Rücktritts zu verdecken: die erwiesene Unfähigkeit, eine Landesregierung zu führen und ein Land zu regieren. Das nenne ich unanständigen Umgang mit der Geschichte!

Drittens: Es geht um etwas viel Schlimmeres und Tiefgehenderes, nämlich den Versuch, das gesellschaftliche Klima zu ändern, indem ein politisches Paradigma, das die letzten 20 Jahre in Deutschland seit Egon Bahr und Willy Brandt bestimmt hat, generell unter Verdacht gestellt wird: Die Politik der kleinen Schritte, der Entspannung, der Anerkennung von Realitäten - nicht um sie zu zementieren, sondern um sie zu verändern - soll moralisch diskreditiert werden, soll dem Verdacht der Stabilisierung des kommunistischen Regimes ausgesetzt werden. Eine eigentümliche Koalition aus ganz Konservativen und aus Leuten, die aus der Bürgerbewegung stammen und ihren moralischen Protest nun mit einer Kritik an der Ostpolitik fortsetzen, erzeugt ein Klima, das nahtlos an die Atmosphäre des dummen Antikommunismus der fünfziger Jahre anknüpft - an eine Politik des Antikommunismus, die spätestens am 13. August 1961 gescheitert ist und vom westlichen Bündnis mit einer anderen Außenpolitik, die ohne Brandt und Kennedy nicht zu denken ist, gemeinschaftlich überwunden wurde. Mit einer solch massiven Attacke auf die Ostpolitik und der Belebung eines dummen Antikommunismus (ich nenne ihn so, weil es auch einen intelligenten gibt und immer gegeben hat) wird der

Eindruck erzeugt, die Konservativen stünden in einer ungebrochenen Kontinuität, es gebe einen Siegeszug konservativer Politik seit 1945. Dabei wird die Niederlage der Adenauerschen und Dullesschen Form von Außenpolitik ebenso vergessen wie die Tatsache, daß die konservativ-liberale Bundesregierung gar nicht anders konnte, als in den achtziger Jahren die Außenpolitik der Entspannung zu übernehmen. Das läßt sich nicht dadurch verstecken, daß man den Grundansatz dieser Politik in Zweifel zieht und sie der Systemstabilisierung verdächtigt.

Viertens: In den öffentlichen Vorgängen von Vermarktung und Instrumentalisierung dominieren die Pauschalurteile, die allmählich vernichtende Qualität annehmen. Sie setzen immer zwei Urteile in eins: das Urteil über das gescheiterte realkommunistische System und jenes über die Menschen, die in diesem System gelebt haben. Dabei taucht ein menschliches und psychologisches Grundproblem auf: Alle, die aufgrund eines biographischen Zufalls in der DDR gelebt haben und versucht haben, einen vertretbaren Lebenskompromiß zu finden, ihren Ansprüchen an Anstand und Vernunft zu gehorchen und sie in ihr eigenes Leben umzusetzen, all diejenigen, die sozusagen unter mühseligen und schwierigen Bedingungen gelebt haben, geraten jetzt in das Zwielflicht der Kollaboration mit dem SED-Regime. Und wer nicht nachweisen kann, daß er im Gefängnis gesessen oder einen Ausreiseantrag gestellt hat, nicht Held oder Märtyrer war, gerät in Verdacht, daß er sich seiner Biographie zu schämen oder sich zu entschuldigen habe. Bei dieser Art von Pauschalurteilen werden wir auch des einzigen beraubt, von dem ich dachte, wir könnten darauf ein wenig stolz sein: das Moment von Selbstbefreiung im Herbst 1989 und die Vorgeschichte dieser Selbstbefreiung, daß es nämlich in der DDR Menschen gab, die sich Menschlichkeit unter schwierigen Bedingungen bewahrt haben, sie verteidigt haben, daß es trotz allem persönliche Integrität gegeben hat und intakte menschliche Beziehungen. Das alles wird ja in Zweifel gezogen, unter Verdacht gestellt. Dabei geht unheimlich viel kaputt. Wenn es uns nicht gelingt, über diese Stasi- und DDR-Vergangenheit differenziert zu reden, dann haben die ostdeutschen Bürger keine wirkliche Chance, irgendwann einmal als Gleichberechtigte anzukommen. Dann haben sie sich ihrer Vergangenheit einfach nur zu schämen, müssen ihre Biographie ablegen und sind tatsächlich die Besiegten gegenüber denjenigen, die als Sieger dastehen und moralisch besser sind. Das ist ein Grundproblem.

Ich wiederhole die ausdrückliche Bemerkung, daß das nicht heißen darf, daß wir uns nicht mehr selbstkritisch mit unserer Geschichte beschäftigen dürfen. Ich sage sogar pathetisch, daß die selbstkritische Begegnung mit der eigenen Geschichte ein Moment unserer Würde ist. Niemand kann sie uns abnehmen oder verbieten. Ich versuche nur einen Weg zu finden zwischen den vernichtenden Pauschalurteilen einerseits und den Versuchen andererseits zu beschönigen, zu verdrängen und Schluß zu machen mit dieser Vergangenheit.

Eine Nachfrage zum Komplex Entspannungspolitik: Von Menschen, die in Opposition zum Regime der ehemaligen DDR gestanden haben, gibt es den

Vorwurf, die politischen Klassen der DDR und der Bundesrepublik hätten sich im Rahmen der Entspannungspolitik sozusagen arrangiert und damit die Opposition in der DDR nachhaltig geschwächt. Was ist dazu zu sagen?

Eine solche Bewertung rechtfertigt sich durch vielfältige Beobachtung, die ich teile. Aber gleichzeitig ist sie in dieser Verallgemeinerung falsch, weil sie Verschiedenes vergißt oder vergessen machen will. Diese DDR war, jedenfalls nach außen hin, doch für die Mehrheit derer, die in der DDR gelebt haben, bis zum Jahr 1989 ein ziemlich stabiles System. Noch im Herbst 1989 hatten wir Angst vor der brutalen Macht des Sicherheitsapparates der Armee, der Polizei und der SED. Inzwischen wissen wir, daß wir nicht so viel Angst hätten haben müssen; alles war viel morscher, als wir dachten.

Vorher war unsere Einschätzung nicht ganz unrealistisch. Und spätestens seit dem 13. August 1961 war klar, daß man dieses Regime nicht mittels Polemik, Eindämmungspolitik, nicht durch den Kalten Krieg, durch eine Politik der Konfrontation verändern kann. Die Mauer ist das Dokument des Scheiterns dieser Politik. Deswegen war der Paradigmen-Wechsel wichtig: Realitäten anerkennen, um sie allmählich verändern zu können. Das setzte voraus, daß man mit den politisch wirklich Mächtigen, mit den Machthabern reden mußte - und zwar unter der Voraussetzung, daß man ihnen die Macht nicht nehmen will. Man mußte ihnen sogar die Angst davor nehmen und den Status quo anerkennen. Nur auf dieser Basis waren Änderungen zu erreichen. Dieser Politikansatz ist bekanntlich höchst erfolgreich gewesen, er hat zu Verträgen geführt, er hat zu Erleichterungen geführt, er hat vor allem zum Helsinki-Prozeß, zur Schlußakte von Helsinki geführt. Sie war eine Voraussetzung für das Entstehen dessen, was wir dann Opposition oder Dissidenz genannt haben. Unter Berufung auf Helsinki konnten sie gewissermaßen genau das verwirklichen, was auch Grundidee von Entspannungspolitik war: durch eine Stabilisierung des äußeren Status quo Bewegung im Inneren zu ermöglichen. Genau das ist passiert.

In der zweiten Phase der Entspannungspolitik - das ist auch mein Kritikpunkt - haben westliche Politiker, auch Sozialdemokraten, dann allerdings nicht gemerkt, daß die eigene Politik erfolgreich war, daß sie gewissermaßen von den Erfolgen ihrer eigenen Politik überholt wurden. Jetzt hätten sie einen Schritt weitergehen können, hätten von einer Politik der Anerkennung der Realitäten zu einer Politik der Bewegung innerhalb der Realitäten übergehen können. Das hätte auch bedeutet, sich stärker auf die Oppositionsgruppen einzulassen. Ich sage ausdrücklich, daß man das sehr vorsichtig bewerten muß. Jeder westliche Politiker hatte stets die Pflicht, sich an den 17. Juni 1953, die Jahre 1956 und 1968 zu erinnern - er mußte immer darauf achten, daß die eigene Politik nicht zu Rückfällen barbarischer Machtausübung, zu Reaktionen der Herrschaft führt. Und insbesondere westliche Politiker mußten daran denken, weil ja nicht sie die Opfer gewesen wären, sondern die sogenannten Oppositionellen. Unter diesen Prämissen bin ich durchaus bereit, Fragen an die Entspannungspolitik nach Helsinki zu richten: Wie hätten

bestimmte Prozesse beschleunigt werden können? Hätten sich westliche Politiker, auch Sozialdemokraten, deutlich dagegen wehren müssen, daß ihnen die Machthaber im Osten die Bedingungen der Kommunikation auf zwingen? Hätten sie selbstverständlicheren Umgang haben können mit der Opposition, mit Dissidenten, sich stärker auf diese stützen sollen? Ich wiederhole: Zu prüfen gewesen wäre immer, wann eine solche Politik umgeschlagen wäre in Verantwortungslosigkeit, deren Opfer nicht die Westdeutschen oder die Westeuropäer gewesen wären, sondern die Osteuropäer, und zwar gerade diejenigen, die in der Opposition waren.

Aber hat es nicht vielleicht doch auch so etwas gegeben wie eine Liaison der Mächtigen, die diejenigen, die sozusagen anders strukturiert waren, links liegen gelassen hat?

Das klingt mir viel zu moralisch. Natürlich kann man von einem latenten Etatismus der politischen Klassen sprechen, ihrer Neigung, unter sich zu sein. Aber man sollte die wirklichen Machtverhältnisse nicht übersehen. Natürlich gibt es einen großen kollektiven Irrtum - der westlichen politischen Klasse ebenso wie der Wissenschaft: Sie haben nicht rechtzeitig wahrgenommen, wie morsch das System ist, und was sich an inneren Änderungen, Auflösungserscheinungen, Erosionsprozessen bereits abgespielt hatte. Insofern ist das, was 1989 passiert ist, kein Sieg der westlichen Politik in dem Sinne, sondern eine Niederlage mindestens der Ostforschung. Auch im rückblickenden Urteil muß man berücksichtigen, wie die Wahrnehmungs-, Entscheidungs- und Handlungssituationen in dem jeweils gegebenen Moment waren. Im Rückblick sieht manches eindeutiger aus, so daß auch ich zu dem Schluß kommen könnte, die SPD hätte in den achtziger Jahren früher umsteigen müssen. Aber hätte sie dann mehr erreicht? Was hätte die demonstrative Beziehung zur Solidarnosc, zu den viel kleineren Gruppierungen der DDR, zur Charta 77 - zu denen allen es immerhin vorsichtige Kontakte gab - bewirkt? Ich bin nicht sicher, ob das irgendeinen Prozeß beschleunigt hätte. Oder will man im nachhinein eine Politik der Konfrontation, der Katastrophe, der Zuspitzung?

Eine Nachfrage zum Thema „Volk der Spitzel“: Es ist bekannt, daß die Zahl der Mitläufer während des Nationalsozialismus riesengroß war, und daß die Denunziation damals in hoher Blüte stand. Hat sich davon nach 1945 in der DDR etwas fortgesetzt?

Ich habe Schwierigkeiten mit verallgemeinernden Äußerungen, die sich dann sozusagen auf ein ganzes Volk beziehen. Bis zum Beweis des Gegenteils glaube ich, daß es in anderen Völkern genauso viel Feigheit und Anpassungsbereitschaft gibt und auch Bereitschaft zu Spitzeldiensten. Ich unterschätze nicht, daß es in Deutschland eine besondere Tradition des Untertanengeistes gibt.

Etwas anderes ist unbestreitbar: Die Bevölkerung der DDR hat nach 60 Jahren zwei unterschiedliche Diktaturen hinter sich. Das sind sozusagen vormund-schaftliche Gesellschaften gewesen. Das hat sich so ausgewirkt, daß die

Menschen innerlich vormundschaftlich geworden sind, autoritätsgläubig, abhängig von „denen da oben“, wenig selbstbestimmt, selbstbewußt; kaum fähig, autonom zu handeln, eigene Interessen zu erkennen, zu formulieren, durchzusetzen. Wenn man hinzunimmt, daß sich viele DDR-Bürger in einer Lebenswirklichkeit einrichten mußten, von der sie mindestens seit dem 13. August 1961 annehmen mußten, daß sie von sehr langer Dauer sein werde, dann erhöhte das den Zwang, sich anzupassen, sich zu unterwerfen. Insofern glaube ich, daß - aufgrund jener Untertanentradition und der spezifischen Tradition von Diktatur - Menschen sich durchaus auch freiwillig angepaßt haben. Das bestürzt.

Damit bin ich bei einem weiteren Moment: Die DDR - in all ihrer Widersprüchlichkeit und Morschheit - hat nicht zuletzt davon gelebt, daß sie einen beträchtlichen, mächtigen, wuchtigen, lastenden ideologischen Überbau entwickelt hatte, der — wie auch immer — in den Köpfen von Menschen wirksam war. Die marxistisch-leninistische Ideologie bietet Formen der Vereinfachung an, die Menschen erlaubt, sich - in einer Art von moralischer Schizophrenie - Dingen zu unterwerfen, Dinge zu tun, die sie als autonome Persönlichkeiten gar nicht hinnehmen könnten. Die Vereinfachung des marxistisch-leninistischen Weltbilds ist verführerisch, hat verführt und hat auch moralische Substanz beschädigt. Das ist abzuarbeiten. Das ist ein Grund für meine Forderung nach selbstkritischer Beschäftigung mit der eigenen Geschichte. Das einfache Vergessen, Sichabwenden hilft nicht. Dann schleppt man das nämlich sozusagen als Struktur von Ideologie, von Mentalität weiter mit sich.

Wenn es ein fundamentales Problem in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte gegeben hat, dann ist es das „Nicht-Bewältigen“, das „Nicht-Aufarbeiten“ des Nationalsozialismus gewesen. Das scheint mir auch eine der ganz großen Hypotheken der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte gewesen zu sein. Wenn ich es richtig sehe, resultiert ein Teil der Wut, mit der jetzt an die DDR-Geschichte herangegangen wird, aus dieser Lehre. Aber wie soll die Aufarbeitung konkret vonstatten gehen?

Zunächst einmal: Wie gehen wir mit der kollektiven Erfahrung der Deutschen um, schon einmal mit einer problematischen und bösen Vergangenheit nicht richtig verfahren zu sein — in beiden deutschen Staaten auf unterschiedliche Weise, aber im Effekt jeweils mit der Verdrängungswirkung. In Ostdeutschland hat dieser Staat es fertiggebracht, die Nazivergangenheit von Ost nach West zu verdrängen.

Das Argument, daß es diesmal doch wieder so gemacht werden solle, wie die Westdeutschen es nach 1945 gemacht haben, erschreckt mich. Hermann Lübbe hat das Verfahren einmal als kommunikatives Beschweigen der Vergangenheit charakterisiert, das heißt großzügig sein, zudecken, den Menschen eine Chance zu geben. Ich denke, daß die Meinung, man solle endlich mit der Stasischeiße aufhören, eine nicht nur an Stammtischen ziemlich weit verbreitete Meinung ist. Darin mag ja auch ein beträchtliches Maß menschlichen

Verständnisses und Ehrlichkeit gegenüber sich selber enthalten sein. Unterschwellig gibt es das genau Gegenläufige. Dabei habe ich manchmal den Verdacht, daß der moralisch motivierte Fanatismus, mit dem man nun die Stasi- und die DDR-Vergangenheit aufs Korn nimmt, damit zu tun hat, daß man es diesmal richtig machen will, daß ein Reinigungsprozeß nachgeholt werden soll, den die Westdeutschen an sich selber in den fünfziger Jahren nicht haben vollziehen können. Und es kommt noch etwas hinzu: Er könnte in eine politischen Richtung vollzogen werden, die die gleiche ist wie in den fünfziger Jahren - gegen den Osten, gegen die Kommunisten, gegen das, wogegen wir schon immer waren. Das sind so ein paar Vermutungen.

Nun zu der Frage, wie es konkret unter den schwierigen Bedingungen geschehen soll. Mich macht das auch zunehmend ratlos. Ich weiß, daß der Staat mit den Mitteln der Straf Justiz das seine zu tun hat. Strafrechtlich relevante Tatbestände müssen verfolgt werden, individuelle Schuld muß bewiesen und beurteilt werden. Das wird schwierig genug sein. Der Rechtsstaat wird da an seine Grenzen kommen. Trotzdem darf er nicht in vorausseilender Resignation sagen: Ich führe keine Prozesse gegen die eigentlichen Schuldigen, nämlich gegen die Befehlsgeber. Bisher sind ja nur Prozesse gegen Befehlsausführende, zum Beispiel kleine Mauerschützen, geführt worden. Wir brauchen schon den Prozeß gegen Honecker und Mielke, gegen Stoph, gegen Schalck-Golodkowski und eine ganze Reihe anderer auch, um das Rechtsbewußtsein der Menschen nicht zu verletzen, die jetzt das Gefühl haben, daß man wieder einmal die Kleinen hängt, während man die Großen laufen läßt. Das Strafrecht muß also umfassend Anwendung finden - rechtsstaatlich ganz korrekt.

Zweitens ist es sinnvoll, daß der Bundestag - vielleicht auch Landtage im Osten Deutschlands - Enquete-Kommissionen einrichten mit einem klaren Untersuchungsauftrag, auch mit den Rechten eines Untersuchungsausschusses. Und mein Wunsch wäre es, daß die Enquete-Kommission des Bundestages sich als Schwerpunkt ihrer Untersuchung die Spitze der Herrschaftspyramide vornimmt. Aber auch das reicht nicht aus. Ich bin der Meinung, daß wir überdies einen gesellschaftlichen Prozeß der Begegnung mit der eigenen Geschichte brauchen, der von ganz unterschiedlichen Leuten getragen wird, von Gruppen, die daran Interesse haben. Es wird kein Vorgang sein, der Millionen beschäftigt, aber Menschen, die aus eigener Betroffenheit heraus, ausgehend von der Frage, warum das so gewesen ist, warum Menschen so gehandelt haben, zurückfragen wollen, begreifen wollen und nicht nur einfach verurteilen wollen. Ich stelle mir das so vor, daß unterschiedliche Gruppen an verschiedenen Orten versuchen, Ausschnitte aus der Ungerechtigkeitsgeschichte der DDR zu untersuchen, zu analysieren, zu rekonstruieren, das Material sichten, die Dokumente einsehen und die unterschiedlich Betroffenen ins Gespräch bringen - von der Seite der Benachteiligten, der Opfer ebenso wie von der Seite der Akteure, der Funktionäre, der Täter. Dies allerdings nicht mit der Absicht, ein moralisches Urteil, schon gar kein strafrechtliches, zu

fällen, sondern mit dem Ziel, einen diskursiven Prozeß zu erreichen, also zu begreifen und damit auch den „Tätern“ die Chance zu geben, indem sie sich uns erklären, sich selber erklärbar zu machen.

Das ist deshalb wichtig, weil es nicht mehr reicht zu sagen, dies war ein Unrechtsregime. Es geht darum, die konkrete Wirklichkeit, die Entstehungsgeschichte, das Leben eines Systems als das Handeln von Menschen zu rekonstruieren, die unterschiedliche Rollen, unterschiedliche Verantwortlichkeiten hatten und damit auch in unterschiedlicher Weise schuldig geworden sind. Und indem man sozusagen konkrete Ausschnitte analysiert, sind die Maßstäbe der Bewertung nicht mehr so abstrakt - gut oder böse -, sondern sie werden endlich wieder bezogen auf die tatsächlichen, in einer Situation erhaltenen alternativen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten.

Nach 1945 sind die meisten Täter davongekommen, viele von ihnen haben sogar hohe und höchste Positionen bekleidet.

Es gibt einen wesentlichen Unterschied, der mir die Hoffnung gibt, daß wir es schaffen könnten, es diesmal anders zu machen. Was war 1945 der Fall? Zunächst haben die Siegermächte uns die Aufgabe abgenommen: im Westen durch das rechtsgeschichtlich unerhört folgenreiche Tribunal von Nürnberg und durch die Entnazifizierungsaktion. Dann haben sie das Thema an die Deutschen zurückgegeben und haben es fallen lassen wie eine heiße Kartoffel. In Ostdeutschland haben die Russen es zunächst auf eine bittere Weise gemacht. Die Nazi-KZs wurden in KZs für Deutsche umgewandelt, die in irgendeiner Weise verdächtig schienen. Dann haben die Russen diese KZs freigegeben. Die DDR hat darauf die Insassen im Schnellverfahren verurteilt. Dann hat die DDR das Thema der Bundesrepublik zugeschoben.

1989 ist etwas anderes geschehen. Ich weiß, daß wir diese Revolution nicht wirklich veranstaltet haben, und sie auch nur zu einem kleinen Teil eine Revolution war. Sie war an erster Stelle und vor allem ein Zusammenbruch eines Systems. Aber daraus, daß zumindest ein Moment von Selbstbefreiung dabei war — Bürger der DDR waren dabei, wir waren dabei —, läßt sich auch ein Anspruch ableiten. Ich verteidige dieses Moment von Selbstbefreiung entschieden gegen jene Pauschalurteile, die es zerstören wollen, weil sich aus ihm wesentlich der Anspruch ableitet, aus der Perspektive der Opfer und Benachteiligten auf die Geschichte zurückzudenken. Wir konnten das Stasi-Unterlagen-Gesetz gegen vehementen Widerstand, gerade im Westen Deutschlands, erkämpfen, weil wir diese Stasi-Macht besiegt hatten. Daraus leitet sich ein Anspruch ab. Deswegen haben wir auch die Chance zu sagen: Weil wir dabei waren, wollen wir diesen Prozeß weiter vorantreiben. Es gibt also - im Vergleich zur Zeit nach 1945 - ein anderes Verhältnis zur eigenen Vorgeschichte. Und das ist wichtig.

Aber ist nicht inzwischen eine große Zahl von Stasi-Verantwortlichen womöglich auch schon wieder in wichtigen Funktionen -z.B. bei Nachrichtendiensten



- während sich die ehemaligen Oppositionellen noch den Kopf zermartern, wie die Geschichte zu bewältigen ist? Wird da Aktivität, Kraft an der falschen Stelle verbraucht?

Ich bin da vorsichtig. So viele sind es nicht, die im westlichen Geheimdienst sind. Die alten Seilschaften, von denen so viel die Rede ist, halte ich nicht für so gefährlich. Gefährlicher sind die neuen Seilschaften aus westdeutschen Geschäftemachern und ostdeutschen Wirtschaftsfunktionären, die, um ihre eigene Haut zu retten und ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, überhaupt kein Interesse haben, die Anliegen der Belegschaft für die Zukunft eines Unternehmens einzusetzen. Denen geht es nur um sich selber. Es gibt viele derartiger Geschäftsbeziehungen und so erklärt sich auch ein Gutteil der Skandalgeschichten der Treuhandanstalt.

Das Problem ist ein anderes. Wir müssen innerhalb kürzester Frist einen vollständigen Wechsel der Gesellschaft, der Rechtsstrukturen, des Wirtschaftslebens und so fort vollziehen, aber mit denselben Menschen. Man kann diese Bevölkerung nicht vollständig austauschen. Es gibt nicht die Möglichkeit eines radikalen Massenaustauschs von Personal, so sehr einem das moralisch gerechtfertigt erschiene. Man erlebt, wie ungerecht die Welt ist. Ich sage das fast resignativ, aber es ist so. Möglich ist nur - und vielleicht erzielt man dabei auch personellen Wechsel -, den jeweiligen Einzelfall zu prüfen, so daß eine im Prinzip demokratische Auseinandersetzung stattfindet, die wirklich mit der Vergangenheit zu tun hat. Also: nicht einfach nach dem Schema vorzugehen, daß der, der in der SED war, damit erledigt ist, sondern zu fragen, was er in der Vergangenheit konkret gemacht hat, welche Rolle er gespielt hat, wie er mit Menschen umgegangen ist. Für unerträglich halte ich es zum Beispiel, wenn ein Lehrer, der Parteisekretär war, der Kinder drangsaliert und Kollegen denunziert hat, immer noch Lehrer ist. Aber auch ein solcher personeller Wechsel kann nicht von oben befohlen werden. Das muß in der konkreten Auseinandersetzung zwischen Eltern und Lehrern passieren, es muß gleichzeitig rechtsstaatlich zugehen und so, daß Menschen nicht daran kaputtgehen, nicht dadurch vernichtet werden.

Trotz allem sage ich: 2,3 Millionen SED-Mitglieder, wie wir sie ja bis 1989 hatten, sind nicht 2,3 Millionen Schweine und Verbrecher gewesen, sondern ganz unterschiedliche Menschen. Im Herbst 1989 haben wir mit besonderer Leidenschaft auf den Straßen geschrien und gesungen „Stasi in die Produktion“. Diese Chance müssen wir ihnen nun auch geben. Schließlich müssen wir uns der Anstrengung unterziehen, hinter jeder IM-Nummer ein menschliches Gesicht wahrnehmen zu können und hinter jeder Stasispitzel-Akte eine - vielleicht verquere, aber doch noch erkennbare - Biographie - so schwer es ist. Das ist die Voraussetzung für das, was am Schluß irgendwann notwendig sein wird—Versöhnung, weil man weiter zusammen leben muß. Und weil das so ist, muß man auch etwas dafür tun, daß man zusammen leben kann, daß man sich ins Gesicht schauen kann. Voraussetzung dafür ist Wahrhaftigkeit, ist selbstkritischer Umgang mit der eigenen Geschichte.

Wenden muß man sich gegen die immer stärker anschwellenden Versuche, das ganze Kapitel sozusagen mittels einer großen Gleichmacherei zu beenden, nach der alle irgendwie schuldig und gleichzeitig irgendwie unschuldig sind. Alle sind grau. Es bleibt der Verdacht, daß das Ganze ein dummes und verkommenes, ein korruptes und total falsches System gewesen sei. Eine solche Einstellung verhindert den selbstkritischen Umgang mit der eigenen Geschichte und wird Versöhnung nicht ermöglichen. Es ist schwer, einen Weg zwischen diesen - wie ich finde - falschen Extremen zu finden, angesichts der Atmosphäre in Deutschland, angesichts der Strukturen von Öffentlichkeit, angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse und auch angesichts der mich manchmal erschreckenden Koalitionen etwa zwischen „Spiegel“, CSU und moralischen Eiferern aus der ehemaligen DDR. Das ist schon ein bißchen überraschend. Ich kann die einzelnen nur auffordern zu bedenken, welche Wirkungen sie erzeugen, denn nicht nur das Motiv, sondern auch der Effekt spielt eine Rolle.

Die Funktionseleiten haben historische Zäsuren fast immer gut überstanden, weil es angeblich keinen Ersatz für sie gab. Ist das diesmal wieder so?

Dieses Argument hat in den letzten zwei Jahren insbesondere im Zusammenhang mit der Personalpolitik der Treuhandanstalt eine Rolle gespielt. Eine einfache Rechnung lautet: Die Treuhandanstalt hatte ursprünglich 8.000 Unternehmen zu privatisieren. Wenn man in ihnen jeweils nur die drei wichtigsten Führungsfunktionen hätte austauschen wollen, hätte man 24.000 Menschen gebraucht. Diese nüchterne Rechnung, die als Ausgangsdatum stimmt, wurde auf eine bestimmte Weise ideologisch überhöht mit dem Argument, daß man Wissen und erworbene Fähigkeiten der bisherigen entsprechenden Funktionseleite eben brauche. Das ist ein fatales Argument, denn welche Fähigkeiten und welches Wissen wurden denn erworben? Es waren Fähigkeiten und Wissen, die sich strikt auf das zentralistisch-planwirtschaftliche System der DDR bezogen, also systemgebunden und nicht wirklich brauchbar waren. Es hat gedauert, bis die Führung der Treuhandanstalt begriffen hat, daß ganze andere Leute viel besser geeignet sind, in diese Führungssetagen zu kommen — nämlich Leute aus der bisherigen zweiten Reihe, die ein bestimmtes Fachwissen haben, das sie mit viel größerem Engagement für die Interessen eines Unternehmens einzusetzen bereit sind, die sie als ihre eigenen Interessen ansehen. Ich glaube insofern, daß eine Art von Elitenwechsel in der ehemaligen DDR stattfindet.

Aber das ist nur ein Aspekt. Ich will sofort auf einen anderen eingehen. Es muß zugleich auch eine Chance geben, daß jener Teil der Eliten in der ehemaligen DDR, die nicht in einem unmittelbaren Sinne mit politischer oder ökonomischer Herrschaftsausübung befaßt waren, einen Übergang für sich selber und damit auch stellvertretend für die Gesellschaft vollzieht. Es kann nicht sein, daß man in der ehemaligen DDR alle Wissenschaftler, alle Kulturschaffenden austauscht, sozusagen abwickelt. Damit bin ich wieder beim Stichwort Einzelfallprüfung. Wenn jemand eine ganz normale Biographie hat, sich nicht wirk-

lich etwas hat zuschulden kommen lassen, dann muß er, wenn seine Leistung und seine fachliche Kompetenz hinreichen, die Chance haben, sozusagen an sich selber den Wechsel zu vollziehen und zu reflektieren.